

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

## Arbeitsmarktförderung - CDU legt Axt an

SPD-FRAKTION FORDERT SOZIALE BALANCE IM HAUSHALT 2000 EIN

Thüringens Haushalt 2000 offenbart eine erstaunliche Feststellung: Die Politik der rot-grünen Bundesregierung hat die Thüringer Landesregierung vor einem heißen Herbst bewahrt. Ohne die Stabilisierung der Steuereinnahmen - die auf seriöser Steuerpolitik und dem Schließen von Steuerschlupflöchern fußt - und die erhöhten Mittel von Bund und EU wäre es der CDU-Regierung nicht so relativ protestlos gelungen, die unstrittig notwendige Reduzierung der Neuverschuldung im Haushalt unterzubringen.

Der von der CDU gefeierte Einstieg in den Ausstieg der Verschuldung ist nicht gelungen, denn die Reduzierung der Kreditaufnahme beruht neben höheren Steuereinnahmen lediglich auf dem Umstand, dass bisher über Kredite finanzierte Landesausgaben durch zusätzliche Bundes- und EU-Mittel ersetzt werden. Man kann es auch anders sagen: Die CDU-Landesregierung zieht sich auf Kosten von Bund und EU schrittweise aus verschiedenen Förderbereichen zurück. Dies ist durchaus legitim. Unverschämte heuchlerisch ist nur, dass in der Öffentlichkeit stets und ständig der eigentliche Geldgeber, die Bundesregierung, dafür beschimpft wird.

Die CDU ist noch einmal glimpflich davongekommen. Der Mangel an eigenen Ideen veranlasst sie, die Grundzüge des letzten Haushaltes der großen Koalition beizubehalten. Für die SPD geht es deshalb bei den Etatberatungen lediglich um Detailkritik, denn auch wir Sozialdemokraten wollen eine Reduzierung der Verschuldung bei möglichst hoher Investitionsquote.

Für die SPD-Landtagsfraktion war die soziale Balance des Haushaltes immer das

wichtigste Ziel. Und sie bleibt es auch in Zukunft. Wird die CDU-Alleinregierung diese über fünf Jahre sozialdemokratisches Mitregieren gut austarierte Balance halten können und wollen? Das war für uns die wichtigste Frage. Inzwischen liegt mit dem Haushaltsentwurf die Antwort vor: Nein, die CDU kann es nicht und will es vermutlich auch nicht! Der Haushalt 2000 dokumentiert vielmehr den Einstieg in den Ausstieg der Verteilungsgerechtigkeit. Stück um Stück wird die Axt an Stellen angesetzt, die noch vor kurzem unter sozialdemokratischem Schutz standen. Die Arbeitsmarktförderung - hier ist eine Reduzierung um rund 40 Mio. DM geplant - ist nur ein Beispiel.

Aber auch die vielen kleinen Positionen des sozialen Netzes sind vor dem Rotstift Trautvetters &

Co. nicht sicher. Doch das ist nur der Anfang, wie man in der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen kann. So gibt es „... Leistungsgesetze, deren Anspruchsbasis ausgeföhrt ist.“, heißt es da wörtlich. Der Frage: Was ist damit konkret gemeint sei? wick Trautvetter aus. Die Antwort darauf wird in nächster Zeit Stück für Stück ans Licht der Öffentlichkeit kommen und spätestens im Haushalt 2001 offenkundig. Die CDU sieht offenbar vor allem in diesem Bereich die nötigen Einsparreserven. Umso wichtiger ist es, dass die SPD-Fraktion konkrete Alternativen gegenüberstellt. Diese



sehen wir in der Steigerung der Effizienz der Verwaltung, in sozial verträglichem Stellenabbau und im sorgsameren Einsatz der Fördermittel. Insgesamt beantragt die SPD-Fraktion etwa 60 Änderungen mit einem Volumen von rund 70 Mio. DM. Mehr wäre zwar wünschenswert, wir arbeiten aber nach einem bewährten Grundsatz: Unsere Änderungsanträge werden seriös und gegenfinanziert sein. Damit unterscheiden wir uns von den populistischen Ansätzen einer PDS-Fraktion.

**Uwe Höhn**, finanzpolitischer Sprecher

### PARLAMENT

SPD-Fraktion setzt  
Untersuchung zu  
Straßenwartung durch.

Seite 3

### REDEN&INFOS

Leistungsfähigkeit  
der Stadtwerke sichern  
Positionspapier vorgelegt.

Seite 4



**SPD**  
THÜRINGEN  
LANDTAGSFRAKTION

VORWORT

Liebe "inform"-Leser,



Informationen aus der SPD-Landtagsfraktion schnell und übersichtlich direkt an die Frau und den Mann bringen - das ist unser Anliegen.

Nach dem „inform“-Extra, mit dem wir die neue Fraktion in Wort und Bild vorgestellt haben, halten Sie heute den neuen „inform“ - handlicher, farbiger, kurz: informativer in den Händen. So wird er Sie künftig bis zu zehn Mal im Jahr erreichen. Zusätzlich wünschen wir uns natürlich den direkten Draht zu Ihnen. Rufen Sie uns an, wir brauchen Ihre Anregungen, Kritiken und Ideen: Tel. 0361 / 3772336 oder über Internet: [www.spd-thl.de](http://www.spd-thl.de). Dort können Sie nicht nur Kontakt mit uns aufnehmen, Sie finden ganz aktuell jede Menge Informationen über die Fraktion und ihre parlamentarische Arbeit.

Und noch eine Bitte: Beim Abgleich der Adressen haben wir festgestellt, dass es in zahlreichen Haushalten gleich mehrere „inform“-Leser gibt, was uns natürlich freut. Wer das Magazin allerdings nur jeweils ein Mal im Briefkasten haben möchte - Anruf genügt: in der Pressestelle Tel. 0361 / 3772365. Ebenso bitte anrufen, wenn es neue Interessenten gibt, denen wir „inform“ künftig zuschicken dürfen.

**Werner Pidde**

Parlamentarischer Geschäftsführer

# Aufbruchstimmung in Berlin

## Klares Signal für soziale Gerechtigkeit



Als Aufbruch-Parteitag, von dem ein klares Signal für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit ausging, kommentierten Heiko Gentzel (re.), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, und Christoph Matschie, Mitglied des Bundestages und Landesvorsitzender der Thüringer SPD, den Bundesparteitag der SPD vom 7. bis 9. Dezember in Berlin.

### ARBEITSKREISE

## Thema: Kommunalpolitik

### OFFENER ARBEITSKREIS LÄDT EIN

Änderungen der Thüringer Kommunalordnung – wie sie im Ergebnis unseres Kommunalpolitischen Parteitages 1997 in Bleicherode festgeschrieben waren – konnten innerhalb der Thüringer Regierungskoalition der vergangenen Legislaturperiode nicht durchgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion startet jetzt eine neue Initiative zur Novellierung der Thüringer Kommunalordnung.

Wer sich an der Auswahl der Problemfelder und der SPD-eigenen Lösungsansätze beteiligen will, meldet sich bitte schriftlich bis zum 10. Januar 2000 an

SPD-Landtagsfraktion  
Arbeitskreis Innen & Justiz  
- Jutta Krauth -  
Arnstädter Str. 51  
99096 Erfurt

Alle Interessenten und Mitstreiter werden anschließend zur Diskussion des offenen Arbeitskreises Kommunalpolitik – geplant ist eine Veranstaltung an einem Samstag im März 2000 – eingeladen.

**Volker Schemmel**  
Arbeitskreisleiter und  
kommunalpolitischer Sprecher

# Untersuchungsausschuss zur TSI durchgesetzt

**D**ie SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich einstimmig für die Wirtschaftspolitikerin Sabine Doht als Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Thüringer Straßenwartungs- und Instandhaltungsgesellschaft mbH (TSI) ausgesprochen. Weiteres Ausschussmitglied soll SPD-Wirtschaftspolitiker Frieder Lippmann werden. Nach Ansicht der SPD-Fraktion besteht der begründete Verdacht, dass dem Land Thüringen mit der Gründung und Privatisierung der TSI erhebliche Nachteile entstanden sind. Der SPD-Antrag auf Einsetzung des TSI-Untersuchungsausschusses wurde vom Thüringer Landtag in der Plenarsitzung am 16. Dezember beschlossen. Geprüft werden sollen die Geschäftsführung und die Effektivität der TSI sowie die Aufsichtstätigkeit der Landesregierung über die Geschäftsführung der TSI.

SPD-Wirtschaftspolitikerin Doht begründete im Plenum die Notwendigkeit: "Die SPD-Fraktion hat mit sehr viel Verständnis - teilweise auch mit Bauchschmerzen - die Privatisierung von Teilen der unteren Straßenbauverwaltung mitverfolgt und - zum damaligen Zeitpunkt mitgetragen. Weil mit der Ausgliederung des Straßenwartungs- und Instandsetzungsbetriebes in eine privatrechtliche Organisationsform zwei Dinge in Aussicht gestellt wurden: zum einen eine höhere Effizienz bei den Leistungen, zum anderen - natürlich - geringere Kosten für das Land. Das geschah mit Beginn des Jahres 1997, also vor knapp drei Jahren. Und - sieht man mal vom ersten Geschäftsjahr 1997 ab, dann müsste es nach Ablauf des zweiten Geschäftsjahres - also Ende 1998 - möglich gewesen sein, Erfolgfanfaren zu blasen. Erst recht nach Ablauf des dritten Geschäftsjahres, also mit Ablauf dieses Jahres. Aber das ist nicht geschehen. Und weil so ein Umstand immer verdächtig ist, hat die SPD-Fraktion bereits 1998 eine Vielzahl parlamentarischer Möglichkeiten genutzt, um Informationen zu erhalten."

Sabine Doht kritisierte, dass sich die Landesregierung schon immer schwer getan habe, dem Parlament offen und klar Informationen über Landesgesellschaften



**SABINE DOHT** wurde von der SPD-Fraktion als Vorsitzende des Ausschusses nominiert

zu geben - frei nach dem Motto: "Das Parlament kann das Geld bereitstellen, was damit passiert, geht niemanden etwas an." Die Tätigkeit der Straßenbauverwaltung sei eine hoheitliche Aufgabe, also auch die der TSI. Deshalb habe die Öffentlichkeit ein Recht darauf, über deren Wirksamkeit informiert zu werden.

Die SPD-Wirtschaftspolitikerin stellte weiterhin fest: "Die TSI sollte wie eine Braut schön gemacht werden, damit sich die Privatwirtschaft an ihr beteiligt. Dieses Vorhaben kann aus heutiger Sicht bereits als gescheitert angesehen werden, die Hauptverantwortlichen hierfür sind im Rahmen des Untersuchungsausschusses zu ermitteln....Es wird sich im Laufe der Untersuchung erweisen, dass eben nicht alles im grünen Bereich war und ist. Es kann sich im Laufe der Untersuchung erweisen, dass Fehler und Mängel im System und persönliches Fehlverhalten festgestellt werden. Und es kann sich im Laufe der Untersuchung erweisen, dass Schaden für das Land entstanden ist. Wenn das so ist, dann bekommt der Wirtschaftsminister ein Problem, ebenso der Finanzminister. Aber das wollen und werden wir unter die parlamentarische Lupe nehmen."

## MEINUNG

### Machtmissbrauch

Wer mit seiner absoluten Regierungsmehrheit wenige Wochen nach der Wahl ohne Skrupel die Geschäftsordnung des Landtages zu seinen Gunsten ändert wie es die CDU in Thüringen tat, dem ist Arroganz der Macht vorzuzuerfen.

Mittlerweile ist das Gebaren der Thüringer Christdemokraten, mit ihrer Parlamentsmehrheit beispielsweise ein Landesgesetz zu ändern, weil ihr ein einziger Oppositionsvertreter in einem bestimmten Gremium nicht ins Konzept passt, kein Ausrutscher mehr. Das steckt System dahinter: das eiskalte Bestreben, die Opposition in ihren Rechten zu beschneiden. Beispiele des Machtmissbrauchs füllen in den erst drei Monaten CDU-Alleinregierung bereits einen halben Aktenordner.

In Deutschland und der Welt mimt die CDU aber den guten Demokraten, während hier in Erfurt gleichzeitig die Politik weitergetrieben wird, die auf die Unterdrückung der Opposition, auf eine Beton-Politik hinausläuft.

**Werner Pidde**

Parlamentarischer Geschäftsführer

*Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2000*

wünscht die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

**Herausgeber:** SPD-Landtagsfraktion  
Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt  
Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417,  
Internet: www.spd-thl.de

**V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde,  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Layout/ Satz:** Dirk Malewski  
**Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt

**Redaktionsschluss:** 17.12.1999

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

## Programm „50 plus“ - Schlechte Kopie des SPD-Modells

Als Einstieg in den Ausstieg kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frieder Lippmann, in der Erwidern zur Regierungserklärung „Arbeitsmarkt und 50 Plus“ in der Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 16. Dezember den von der CDU-Regierung vorgelegten Haushaltsansatz für die Arbeitsförderung. Lippmann sagte: Arbeitsmarktpolitik im öffentlich finanzierten Bereich hat in Thüringen in den letzten fünf Jahren einen erheblichen und entlastenden Stellenwert errungen. Dies rechne er der Teilhabe der SPD in Regierungsverantwortung an. Nicht dem Getöse der PDS und trotz des Widerstandes der CDU. Die SPD-Fraktion befürchte, dass das nun abbricht. Nicht abrupt, sondern schleichend als Einstieg in den Ausstieg. Das CDU-Programm „50 plus“ lehne die SPD-Fraktion im arbeitsmarktpolitischen Teil schon deshalb nicht ab, weil es - wenn auch nur eine schlechte - Kopie eines Modells vom damals SPD-geführten Thüringer Sozialministeriums „Beschäftigung älterer Arbeitsloser bis zur Rente“ ist. Es wurde bereits auf der Arbeitsmarktkonferenz am 12. 7. 1999 vorgestellt. Außerdem ergänze „50 plus“ die aktive Arbeitsförderung der rot-grünen Bundesregierung, die den Grundstein dafür legte. Zum ehrenamtliche Tätigkeit betreffenden Teil sagte Lippmann: „Dieser findet unsere Zustimmung nicht. Das Ehrenamtsgesetz ist der saubere und zuverlässigere Weg. Als Ersatz für Arbeitsplätze für ältere Menschen ist das CDU-Vorhaben denkbar ungeeignet.“

INTERNET  
[www.spd-thl.de/parlament/fl19991216.htm](http://www.spd-thl.de/parlament/fl19991216.htm)

IMMER > AKTUELL > INFORMIERT  
> [WWW.SP-D-THL.DE](http://WWW.SP-D-THL.DE)

## Stadtwerke sichern: Positionspapier liegt jetzt vor

In Thüringen versorgen 29 Stadtwerke Endverbraucher mit Strom, Gas und Fernwärme sowie anderen Dienstleistungen. Gegenwärtig werden diese wesentlichen Leistungen für ca. 1,1 Mio. Einwohner in Thüringen durch kommunale Unternehmen angeboten. In den Jahren seit 1992 wurden unter Verwendung erheblicher Zuschüsse Stromerzeugungsanlagen errichtet. Die Bedingungen für die wirtschaftliche Verwertung dieser Investitionen haben sich mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im April 1998 drastisch geändert. Während sich einerseits je-

der Stromlieferant den Zugang zum Endverbraucher verschaffen und konkurrenzfähige Angebote machen kann, sind die Stadtwerke, die im selben Geschäftsbereich tätig sind, durch die Thüringer Kommunalordnung, Paragraph 71, eingeschränkt. Während sich die Landesregierung zu diesem Thema noch weitgehend in Schweigen hüllt, haben wir zur Novelle dieser Regelungen in der Thüringer Kommunalordnung ein Positionspapier veröffentlicht.

INTERNET:  
[www.spd-thl.de/dokumente/a219991214.htm](http://www.spd-thl.de/dokumente/a219991214.htm)

## Gesetz über Bürgerbeauftragten bedarf Nachbesserungen

„Die SPD-Fraktion steht dem Thüringer Gesetz über den Bürgerbeauftragten grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Und wir begrüßen ausdrücklich den Stimmungsumschwung in der CDU, was die Bereitschaft zur Installation eines Bürgerbeauftragten betrifft. Denn schließlich waren es die Christdemokraten, die gemeinsam mit ihrem Ex-Koalitionspartner FDP in der Verfassungsdebatte den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Vorschlag grundsätzlich ablehnten“, sagte Dr. Gerhard Botz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag in der Plenardebatte am 16. Dezember.

Gerhard Botz nannte mehrere Kritikpunkte am Gesetzentwurf, der nun in den Parlamentsausschüssen diskutiert wird. Ein Beispiel: „Wenn ein Bürgerbeauftragter nur mit einer Zweidrittelmehrheit vom Landtag abberufen werden kann, so sollte auch seine Wahl ein Ausdruck des großen Vertrauens einer Zweidrittelmehrheit der Landtagsmitglieder sein.“ Denn: „Wer in eine so große öffentliche Verantwortung für

eine so lange Zeit geht, der braucht mehr als die Rückendeckung nur einer politischen Kraft in Thüringen - und sei sie auch zur Zeit noch so stark!“

Der SPD-Fraktionsvize kritisierte außerdem, dass Ministerpräsident Vogel bereits Ende September seine Personwahl getroffen hat - den ehemaligen Staatssekretär Benner aus Rheinland-Pfalz. Der auf diese Art und Weise benannte Bürgerbeauftragte gab daraufhin ausführlich seine Vorstellungen zur Amtseinführung in der Presse kund. „Wenn Monate, bevor das Parlament Gelegenheit bekommt, über die Modalitäten eines Bürgerbeauftragten zu entscheiden, der Ministerpräsident schon festlegt, wer es denn dann werden soll, so ist das eine im höchsten Maße undemokratische und für dieses Haus inakzeptable Verfahrensweise!“ Angesichts dessen bleibe nur zu hoffen, dass es noch andere Kandidaten geben werde und zwar solche, deren Lebensläufe identisch seien mit denen der großen Mehrheit der Bürger in Thüringen.